

**Absender
Fraktion DIE LINKE./BfBB**

Drucksachen-Nr.

0120/2011

öffentlich

Antrag

**der Fraktion, der/des Stadtverordneten
Fraktion DIE LINKE./BfBB**

**zur Sitzung:
Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 22.03.2011**

Tagesordnungspunkt

**Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB zu Bürgerversammlungen zum
Thema "Zukunft der Schulen in Bergisch Gladbach -
Schulentwicklungsplan 2020"**

Stellungnahme der Verwaltung

Mit Schreiben vom 01.02.2011 beantragt die Fraktion DIE LINKE./BfBB eine Bürgerversammlung zum Thema „Zukunft der Schulen in Bergisch Gladbach – Schulentwicklungsplan 2020“. Der Antrag ist als Anlage beigefügt.

In ihrer Begründung führt die Fraktion DIE LINKE./BfBB u. a. an, die Weichen für die zukünftige Schullandschaft müssten nun gestellt werden. Dazu bedürfe es womöglich harter Entscheidungen. Diese dürften aber nicht nur von der besseren und stärkeren Lobby bestimmt werden.

Diese Entscheidungen sollten wohl abgewogen werden und alle betroffenen Gruppen könnten in einer Bürgerkonferenz daran beteiligt werden.

Etwas später wird ausgeführt, die Versammlung könne der Wut der Bürgerinnen und Bürger einen konstruktiven Ausdruck geben. Die Ergebnisse der Bürgerkonferenz gäben eine gute Grundlage für die Entscheidung des Stadtrats über den Schulentwicklungsplan.

Die Verwaltung schlägt vor, den Antrag abzuweisen. Die vorgeschlagene Bürgerkonferenz ist in dieser Form und in ihrer Breite ein ungeeignetes Instrument, mit dem Thema Schulentwicklung umzugehen. So hat die Bezirksschülerversammlung kein Mandat und von ihrer Rolle

her auch keinen Auftrag, sich um die Schulentwicklung einer Kommune zu kümmern. Inwieweit Lehrerverbände und Gewerkschaften von ihrem Auftrag her sich mit der Schulentwicklung einer Kommune beschäftigen, darf in Frage gestellt werden. Die genannten Gruppierungen sind sicherlich keine Betroffenen.

Die Verwaltung wird im Planungsprozess mit den wirklich betroffenen Gruppen (Elternschaft der jetzigen Grundschüler, Schulleitungen, Lehrerschaft, Schulaufsicht, Schulausschuss und Rat) das Gespräch suchen und in einen offenen Kommunikationsprozess eintreten, so wie die der Bürgermeister es zugesagt hat. Unterschiedlichste Gespräche haben auch schon statt gefunden.

Die Verwaltung bezweifelt, dass eine Bürgerversammlung, wie sie die Fraktion DIE LINKE./BfBB fordert, zu einem für die zukünftige Schülergeneration zufrieden stellenden Ergebnis führt. „Wut“ war schon immer sein schlechter Ratgeber. Gerade beim Thema „Schulentwicklung“ sollten alle Beteiligten und Betroffenen „sine ira et studio“ ihre Positionen in einem transparenten Prozess erläutern und erklären.

Zum gegenwärtigen Sachstand wurde dem Ausschuss an anderer Stelle schon berichtet.